



Partei für Muslime *plus*

Bundesparteiprogramm



Inhalt

Grundwerte	1
Gemeinschaft	2
Neutralitätsgebot	3
Neutralitätsgebot I	3
Neutralitätsgebot II	3
Neutralitätsgebot III	4
Verbot des antimuslimischen Rassismus	4
Beauftragter zur Bekämpfung des antimuslimischen Rassismus	5
Bekenntnis zu islamischem Leben	5
Islam-Konferenz	5
Leugnung der Existenz des Volkes der Palästinenser und der Nakba	5
Verbot des Antiziganismus	6
Bildung	6
Leben	7
Wasser	7
Teilhabe-Vorbehalt	8
Grundnahrungsmittel	8
Mütter verdienen am meisten	8
Wohnraum, Lebensraum	9
Energieinfrastruktur	10
Ethik und Moral-Kompass	10



Abgeordnete	11
Nebentätigkeiten von Abgeordneten	11
Ausscheiden aus der Abgeordnetentätigkeit	11
Keine Mitgliedschaften	12
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	12
Deutschlandradiostaatsvertrag	13
Neutralität nach Haager Abkommen	14
Barrierefreiheit für religiöses Leben	14
Repressive Kriminalitätsbekämpfung	15
Ziel: Drogenfreie Straße	15
Null Toleranz-Politik	15
Schutz der Gesellschaft	16
Außenpolitik	16
Gute Deutsche Außenpolitik	16
Akademie Friedrich der Staufer	17
Neue Deutsche Türkei-Politik	17
Villa Mehmet von Königstreu	17
Normalisierung der Beziehungen zum Staat Palästina	18
Rüstungsindustrie	18
Verstaatlichung der Rüstungsindustrie	18
Schutz vor Missbrauch	19
Verteidigung	20



GRUNDWERTE

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** (nachfolgend auch **PFM+** geschrieben) denkt Politik von den Werten des Islam aus:

- Ergebenheit und Integrität gegenüber Gott;
- Familiäre Fürsorge;
- Staatsbürgerliche Treue;
- Gesellschaftliche Solidarität.

PFM+ Partei für Muslime *plus* möchte den Muslimen in der Bundesrepublik sowie Nichtmuslimen, welche diese Werte aus einer anderen Motivation heraus teilen, politische Heimat sein - Heimat für beides: für Parteimitgliedschaft und Mitarbeit in der Partei.

Die **PFM+** ist dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sowie dem Völkerrecht verpflichtet.

Die Partei versteht sich als eine wertkonservative und soziale Friedenspartei in einer pluralistischen Gesellschaft und multipolaren Welt.

Die **PFM+** möchte, dass der Staat unterschiedslos loyal zu seiner Bevölkerung ist und die Bevölkerung unterschiedslos loyal zum Staat ist.

Wir wollen einen durchgreifenden Staat, der die Sicherheit von Kindern, Frauen und Männern garantiert.

PFM+ steht für einen robusten Staat, der den Anspruch hat und sich die Ressourcen dafür gibt, jede Form von Kriminalität möglichst zu unterbinden und zu verfolgen sowie die Gesellschaft und den Staat vor Kriminellen – wegen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text das generische Maskulin benutzt – zu schützen.



Wir wollen einen sorgenden Staat, der sich um die Schwachen und Armen kümmert.

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte eine Gesellschaft entwickeln, der geistige und immaterielle Werte und geistiges und immaterielles Wachstum mindestens so wichtig sind, wie materielle Werte und materielles Wachstum.

Wir wollen, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre internationalen Beziehungen und ihr außenpolitisches Handeln konsequent an ihrem eigenen Interesse, am Interesse der deutschen Bevölkerung ausrichtet. Und dieses Interesse neben das Interesse anderer Staaten und deren Gesellschaften stellt, anstatt es dem Interesse anderer Staaten und anderen internationalen Akteuren über- oder unterzuordnen.

GEMEINSCHAFT

Versammelt unter dem Willen und Schirm des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird die Bundesrepublik von uns Deutschen für uns Deutsche gemacht.

Deutschland, die Region im Herzen Westeuropas und am westlichen Ende der eurasischen Landplatte, ist die Heimat von Menschen, deren Vorfahren seit Tausend und mehr Jahren hier leben, deren Vorfahren seit vielen Hundert Jahren hier leben, deren Vorfahren im 18., 19. und 20. Jahrhundert gekommen waren – die alle heute *wir Deutsche* sind – und der Menschen, die kommen und bleiben werden und auch *wir Deutsche* werden.



NEUTRALITÄTSGEBOT

Neutralitätsgebot I

Laut Bundesverfassungsgericht muss der Staat "Heimstatt aller Bürger" sein - unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis. Der Staat darf sich daher selbst nicht mit einem bestimmten religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis identifizieren. Er muss allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften neutral und tolerant gegenüberstehen.

Daher soll der Gebrauch der politischen Formel *Deutschlands Werte ruhen auf einem christlich-jüdischen Fundament* als explizite und implizite Formulierung mit Blick auf das Neutralitätsgebot des Staats juristischen und natürlichen Personen, die den Staat repräsentieren, strafbewehrt verboten werden.

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte schon als außerparlamentarischer Akteur und in der parlamentarischen Opposition juristische und natürliche Personen politisch bekämpfen und gegebenenfalls juristisch verfolgen, die den Staat repräsentieren und die oben dargelegte Formulierung explizit oder implizit gebrauchen.

Neutralitätsgebot II

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** wird die diskriminierende Rechtsprechung in Bezug auf das Tragen religiöser Kleidung in bestimmten Bereichen der Aufgabenerfüllung von Repräsentanten des Staats politisch bekämpfen und in den Parlamenten entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen.

Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, dass das Verwenden eines religiösen Symbols nicht geeignet sei, Zweifel an der Objektivität – also an der weltanschaulich neutralen Aufgabenerfüllung – des betreffenden Repräsentanten des Staats zu begründen. *

Das Bundesverfassungsgericht begründet aber dennoch die bisherige diskriminierende Rechtsprechung – nicht einstimmig – damit, dass das gesellschaftliche Vertrauen in die Objektivität des Staats verletzt werden *könnte* durch das Tragen von religiösen Symbolen. *

(* siehe Leitsätze zum Beschluss des Zweiten Senats vom 14. Januar 2020 - 2 BvR 1333/17 -)



Es ist der Standpunkt der **PFM+**, dass Grundrechte den Bürgern, zu denen auch uneingeschränkt die Repräsentanten des Staats zählen, nicht vorgreifend im Sinne einer Art von Vorratsgrundrechteinschränkung verweigert werden können.

Wir orientieren uns am Vorbild Großbritanniens, wo das Tragen von religiöser Kleidung auch besonderen Repräsentanten des Staats z.B. auch in der Rechtsprechung erlaubt ist.

(* siehe Leitsätze zum Beschluss des Zweiten Senats vom 14. Januar 2020 - 2 BvR 1333/17 -)

Neutralitätsgebot III

Die **PFM+** möchte die Einhaltung des staatlichen Neutralitätsgebots im öffentlich-rechtlichen Rundfunk durchsetzen.

VERBOT DES ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS

Die **PFM+ Partei für Muslime plus** arbeitet darauf hin, dass antimuslimischer Rassismus / Antimuslimismus als eigenständige Form des Rassismus in die entsprechenden Gesetzbücher aufgenommen wird.

Wir arbeiten darauf hin, dass antimuslimischer Rassismus / Antimuslimismus als eigenständige Form strafbewehrt verboten wird.



Beauftragter zur Bekämpfung des antimuslimischen Rassismus

Alle Verwaltungsgliederungen in der Bundesrepublik sollen verpflichtet werden, einen Beauftragten zur Bekämpfung des antimuslimischen Rassismus zu berufen. Die Beauftragten bekommen Rederecht in den Parlamenten. Etwaige Parteimitgliedschaften müssen vor Amtsantritt beendet werden. Neue Parteimitgliedschaften können frühestens 2 Jahre nach Rücktritt eingegangen werden.

Bekennnis zu islamischem Leben

Wir möchten, dass das Bekenntnis zu islamischem Leben in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Anerkennung des Existenzrechts des Staats Palästina in der geographischen Region Palästina Voraussetzung für eine Einbürgerung werden.

Die **PFM+** möchte, dass der Bund die als Verein eingetragenen Moscheegemeinden institutionell fördert.

Islam-Konferenz

Wir wirken darauf hin, dass die sogenannte „Deutsche Islam Konferenz“ geschlossen wird. Im Jahr 2006 durch den damaligen Innenminister Schäuble in guter Absicht initiiert, ist sie heute beschämend und sinnlos, denn wir Muslime werden dort von einem ignoranten Bundesministerium des Innern und für Heimat vorgeführt. Die „Deutsche Islam Konferenz“ ist Ausdruck eines institutionalisierten Misstrauens des Staats gegenüber uns Muslimen. Das zeigen die Themen der DIK sowie die Politik und Kommunikation der Bundesregierung.

Leugnung der Existenz des Volkes der Palästinenser und der Nakba

Die **PFM+ Partei für Muslime plus** möchte, dass die Leugnung der Existenz des Volkes der Palästinenser, welche die Bevölkerung der vormaligen Region „britisches Mandatsgebiet Palästina“ ist, strafbewehrt verboten wird.



Die **PFM+** hat das Ziel, dass die Vertreibung (Nakba) der arabischen Bevölkerung aus der vormaligen Region „britisches Mandatsgebiet Palästina“ strafbewehrt verboten wird.

VERBOT DES ANTIZIGANISMUS

Die **PFM+ Partei für Muslime plus** arbeitet darauf hin, dass Rassismus gegenüber den Sinti und Roma / Antiziganismus als eigenständige Form des Rassismus in die entsprechenden Gesetzbücher aufgenommen wird.

Wir arbeiten darauf hin, dass Rassismus gegenüber den Sinti und Roma / Antiziganismus als eigenständige Form strafbewehrt verboten wird.

Des Weiteren möchten wir, dass Antiziganismus in der gleichen Form politisch, legislativ, juristisch und gesellschaftspolitisch gewürdigt wird, wie antimuslimischer Rassismus.

BILDUNG

Die individuelle Entfaltung des Kindes und Jugendlichen wird künftig der Bildungsauftrag des Staats sein, nicht das Eintrichern von quantitativem Wissen.

Dies ist eine Abkehr von der Erziehung der jungen Menschen zu konfektionierten Verbraucherbürgern und Gebrauchsbürgern hin zu einer Kultur der Wertschätzung des jungen Menschen.



Was landläufig „Soft Skills“ genannt wird, wird in der neuen deutschen Bildungsethik zu „Hard Skills“: die Befähigung zu sozialem Miteinander, Achtsamkeit, Nachhaltigkeit, das Bewusstsein für die eigene geistige und physische Gesundheit, Persönlichkeitsbildung- und Entfaltung.

Bildung ist ein Dienst des Staates am Kind, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Grundschule bis zur Promotion. Sie dient der Entwicklung und zum Wohle des einzelnen Menschen.

Auch – an zweiter Stelle – ist Bildung die wichtigste Ressource für eine gesellschaftlich, kulturell, wirtschaftlich und politisch gedeihliche Zukunft der Bundesrepublik Deutschland.

LEBEN

Wasser

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte, dass Privathaushalte kostenlos eine Grundversorgung an Trinkwasser erhalten.

Die Wasserökosysteme sollen besser geschützt und schonender genutzt werden.

Die kommerzielle Nutzung von Grundwasser muss drastisch eingeschränkt werden.

Es sollen keine weiteren kommerziellen Brunnen genehmigt werden.

Die industrielle und regelmäßige Nutzung von Tiefengrundwasser muss verboten werden.

Bei der Vergabepaxis von Entnahmegenehmigungen muss die Trinkwasserversorgung Vorrang vor einer kommerziellen Nutzung haben.

Leitmotiv der Genehmigungsverfahren muss Nachhaltigkeit, Grundversorgung und Bürgerinteresse sein.



Teilhabe-Vorbehalt

PFM+ möchte, dass Gehälter und Löhne einer Vollzeittätigkeit mindestens hoch genug sein müssen, um den Lebensunterhalt einer vierköpfigen Familie finanzieren zu können.

Renten müssen hoch genug sein, um den Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Der Begriff „Lebensunterhalt“ geht über die Grundversorgung deutlich hinaus und schließt die gesellschaftliche Teilhabe ein.

Die Tarifautonomie muss künftig unter diesem großzügigen Teilhabe-Vorbehalt stehen.

Grundnahrungsmittel

PFM+ Partei für Muslime *plus* setzt sich dafür ein, dass die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel abgeschafft wird. Die damit verbundene Preissenkung für den Endverbraucher soll staatlich überwacht werden.

Mütter verdienen am meisten

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte für verheiratete (*) Mütter zur Entlastung und Sicherheit das Muttergehalt und die Mutterrente einführen.

Muttergehalt

Für ein erstes Kind sollen Mütter 1.000 € steuerfreies monatliches Muttergehalt erhalten. Für ein zweites Kind 500 € steuerfreies monatliches Muttergehalt. Für ein drittes Kind 250 €. Mit dem 18. Geburtstag des jeweiligen Kindes soll das immer kindbezogene Muttergehalt enden. Die Muttergehälter für die weiteren Kinder sollen dann auf die nächst höhere Stufe angehoben werden.

Für den Fall, dass Mütter einer Erwerbstätigkeit nachgehen, möchten wir, dass der Erwerbsslohn nur zu einem Drittel dem Muttergehalt angerechnet wird, da die kostbare Zeit für die Kinder ja weiterhin bleibt.



Mutterrente

Die **PFM+** möchte, dass Mütter ab 65 Jahren 1.500 € steuerfreie Mutterrente beziehen. Dieser Betrag entspricht der Durchschnittsrente in der Bundesrepublik. 1.500 € sind zwar nicht in allen Teilen der Bundesrepublik genug zum Leben, aber die **Partei für Muslime plus** erwartet von den Kindern von verwitweten Müttern, dass die für ihre Mütter sorgen.

* Scheidungen der Ehe sind unschädlich.

Wohnraum, Lebensraum

Die **PFM+ Partei für Muslime plus** möchte nicht länger Industriebrachen, verlassene Liegenschaften und verfallenden Wohnraum hinnehmen. Und wir wollen nicht länger Spekulation, die zu Stillstand und Verfall führt.

Nach fünf Jahren Eigentumspassivität sollen die Kommunen enteignen müssen.

Die enteignete Liegenschaften und freigewordener Wohnraum sollen dann für das Allgemeinwohl eingesetzt werden.

Die Kommunen sollen entscheiden können, ob die Liegenschaften für Kitas, sozialen Wohnungsbau, Stadtteilgärten oder Ähnliches genutzt werden oder verkauft werden, um Einnahmen für die Kommunen generieren zu können.

Junge Familien sollen Darlehen erhalten können, um für langfristigen Eigenbedarf Wohnraum herrichten zu können. Nach Rückzahlung sollen die Objekte in den Besitz der Darlehnsnehmer gehen.



ENERGIEINFRASTRUKTUR

Die Bundesrepublik muss künftig mehr Energie vom Norden des Landes in den Süden transportieren. Das erfordert aufwendige Infrastrukturprojekte. Die Bevölkerung muss dafür gewonnen werden.

Die Anrainer der künftigen notwendigen Energiekorridore leisten einen erheblichen und besonderen nationalen Beitrag. Die **PFM+ Partei für Muslime plus** möchte, dass diese Menschen für den Wertverlust ihrer Immobilien und Liegenschaften sowie für die Minderung ihrer Lebensqualität großzügig entschädigt werden.

Auch die Kommunen und Betriebe entlang der nationalen Energielinien sollen für etwaigen Wertverlust ihrer Liegenschaften entschädigt werden und von ihrem Beitrag profitieren.

Die Energiekorridore können umgekehrt aber auch zu Sonderwohnzonen und Sonderwirtschaftszonen gemacht werden, um einen Wertverlust umzukehren und das Leben, Arbeiten und die Ansiedlung in diesen Zonen attraktiv zu machen. So soll eine Dynamik hin zu den Energiekorridoren entstehen.

ETHIK UND MORAL-KOMPASS

Die **PFM+ Partei für Muslime plus** möchte, dass der Bund als fünfte Gewalt einen unabhängigen Ethik und Moral-Kompass installiert.

Es soll die Aufgabe des Ethik und Moral-Kompasses sein, der Politik ein Zeugnis auszustellen, um so den politischen Akteuren und der Gesellschaft ethische und moralische Orientierung zu geben.

Der Bund und die nachgeordneten Behörden sollen keinerlei Rechte gegenüber dem Kompass haben, der für fünfundzwanzig Jahre finanziell großzügig ausgestattet und



unabhängig arbeiten wird. Der Staat soll mit der ethischen und moralischen Einordnung seiner Politik leben, ja, den Ethik und Moral-Kompass ertragen müssen.

Der Kompass soll sich aus Vertretern der fünf größten Religionen zusammensetzen, die in der Bundesrepublik beheimatet sind: Christentum, Islam, Buddhismus, Judentum, Jesidentum.

Verzichtet eine Religionsgemeinschaft, verringert sich die Besetzung des Kompasses.

Der Ethik und Moral-Kompass nimmt seine Arbeit auf, wenn alle Stühle besetzt sind. Nach Fristablauf zur Besetzung der Stühle verfällt der Anspruch der säumigen Religionsgemeinschaft.

Eventuelle Mitgliedschaften in politischen Parteien der Mitglieder des Kompasses müssen lebenslang beendet werden.

Der Ethik und Moral-Kompass besetzt und organisiert sich selbst. Ob die Vertreter eine gemeinsame Stimme formulieren oder getrennt das politische und gesellschaftliche Deutschland kommentieren, ist deren Angelegenheit.

ABGEORDNETE

Nebentätigkeiten von Abgeordneten

Die **PFM+ Partei für Muslime plus** möchte, dass Parlamentsabgeordnete und Regierungsmitglieder keine Nebentätigkeiten ausüben dürfen, denn deren Mandate lassen dafür keine Zeit. Deren Lebensunterhalt ist sichergestellt. Jeder Interessenkonflikt muss vermieden werden.

Ausscheiden aus der Abgeordnetentätigkeit

Scheidende Parlamentsabgeordnete und Regierungsmitglieder sollen fünf Jahre lang nach ihrem Ausscheiden nicht in Führungs- oder beratender Funktion in Wirtschafts-



bereichen arbeiten dürfen, für die sie zuvor politische Verantwortung trugen bzw. Zuständigkeit hatten.

Des Weiteren soll verboten werden, dass die dienstlich erworbenen wertvollen Kontakte – die Adressbücher – nach dem Ausscheiden „versilbert“ werden in Form von Lobbying oder der Gründung sogenannter Consultingfirmen.

Keine Mitgliedschaften

Politik findet demokratisch und parlamentarisch legitimiert in den Staatsorganen statt sowie transparent dort, wo der Souverän – das deutsche Volk – Einblick hat: im gesellschaftlichen Diskurs.

Daher soll Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, aber auch Behördenmitarbeitern und Angestellten in Körperschaften des öffentlichen Rechts in Leitungsfunktion oder in hervorgehobener Funktion die Mitgliedschaft in Vereinigungen/Think Tanks/Stiftungen und ähnlichen Organisationen verboten werden.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDfunk

Wir wollen, dass ein Wechsel aus leitenden oder exponierten Funktionen und Ämtern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hinein in leitende und exponierte Funktionen und Ämter des Regierungsapparats und der nachgeordneten Behörden erst drei Jahre nach dem Ausscheiden erlaubt wird.

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte die Besetzung von leitenden und exponierten Funktionen und Ämtern auf fünf Jahre begrenzen.

Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks soll künftig vornehmlich die Bereiche Bildung und Information umfassen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss stärker verpflichtet und dafür kontrolliert werden, alle gesellschaftlichen Gruppen und Interessen im Programm angemessen zu würdigen und alle gesellschaftlichen Gruppen und Interessen im Programm angemessen zu Wort kommen zu lassen.



Ein Wechsel aus leitenden oder exponierten Funktionen und Ämtern des Regierungsapparats und der nachgeordneten Behörden hinein in leitende oder exponierte Funktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks soll erst drei Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Regierungsapparat erlaubt sein.

Die **PFM+** möchte Inhabern von leitenden oder exponierten Funktionen und Ämtern die Mitgliedschaft in Think Tanks und anderen Vereinigungen, die Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen möchten, verbieten.

DEUTSCHLANDRADIOSTAATSVERTRAG

Wir möchten eine Novellierung des Deutschlandradiostaatsvertrags, da der Staatsvertrag die Muslime benachteiligt.

Denn in § 11 (3) des Deutschlandradiostaatsvertrags ist geregelt, dass den evangelischen Kirchen, der katholischen Kirche und den jüdischen Gemeinden auf Wunsch Sendezeit für selbst produzierte Programme bereitgestellt werden *muss*, während anderen Religionsgemeinschaften auf Wunsch keinen Anspruch auf Sendezeit für selbst produzierte Programme haben.

Die Bevorzugung der christlichen und jüdischen Religionsgemeinschaften verstößt gegen das Fundamentalprinzip des deutschen Religionsverfassungsrechts und gegen das Allgemeine Gleichstellungsgesetz.

Weiterhin ist die auch nicht zeitgemäße Regelung Ausdruck der Illoyalität des Staats gegenüber den deutschen Muslimen (und anderen Bevölkerungsteilen).



NEUTRALITÄT NACH HAAGER ABKOMMEN

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte, dass sich die Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz zur Neutralität verpflichtet und künftig eine neutrale Außenpolitik gemäß des Neutralitätsrechts des Haager Abkommens macht.

BARRIEREFREIHEIT FÜR RELIGIÖSES LEBEN

Mit Blick auf die für Muslime und insbesondere Muslimas diskriminierende Rechtsprechung vertritt die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** den Standpunkt, dass so, wie religiöse Intransparenz (die äußerliche Nichterkennbarkeit von individueller Religionszugehörigkeit) das Neutralitätsgebot des Staats nicht verletzt, auch religiöse Transparenz (die äußerliche Erkennbarkeit von individueller Religionszugehörigkeit) das Neutralitätsgebot nicht verletzt.

Das Grundrecht der ungestörten Religionsausübung, GG Art 4 (2) muss für alle Berufsgruppen und Repräsentanten des Staats uneingeschränkt gelten.

Die Beschneidung von muslimischen und jüdischen Jungen ist Teil der freien Religionsausübung und muss nach dem jeweiligen Ritus der beiden Religionen erlaubt sein.

Das Tragen von Badebekleidung für Muslime in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Schwimmbädern sowie im Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen muss erlaubt sein.



Das Schächten von Nutztieren nach dem Ritus der Muslime und Juden ist Teil der freien Religionsausübung und muss erlaubt sein.

REPRESSIVE KRIMINALITÄTS- BEKÄMPFUNG

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte einen politischen und Kulturwandel hin zu einer repressiveren Bekämpfung aller Formen von Kriminalität von der Nadelstreifenkriminalität bis zur Beschaffungskriminalität durch die Sicherheitsbehörden und Justiz.

Der Verkauf von Schusswaffen für nichtdienstlichen Gebrauch muss verboten werden.

ZIEL: DROGENFREIE STRASSE

Illegaler Drogenkonsum von Erwachsenen ist das Eine. Drogenhandel und insbesondere der Verkauf von illegalen Drogen an Jugendliche und Kinder ist das Andere.

Null Toleranz-Politik

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte hier eine Null Toleranz-Politik. Der Bund und die Länder sollen die Polizeibehörden, die Staatsanwaltschaften sowie die Gerichte befähigen, im Sinne dieser unerschrockenen Politik zu agieren. Die Ausstattung der Behörden soll vom Ziel „drogenfreie Straße“ aus gedacht werden und nicht von der



Haushaltslage aus. Sie muss alle Bereiche bis hin zu den Gehältern umfassen.

Schutz der Gesellschaft

Suchtkranke sind Kranke, die die Gesellschaft auffangen muss mit dem Ziel, ihnen eine normale bürgerliche Existenz zu ermöglichen. Das gebietet die Menschenwürde, aber auch die Notwendigkeit, sie dem Drogen- und kriminellen Milieu zu entziehen. Beratung, Entzug und Therapie sollen hochwertig sein, ab kein Null Summen-Spiel für die Gesellschaft: Gelingt es nicht, Suchtkranke von der Drogensucht zu befreien, muss dem Schutz der Gesellschaft Rechnung getragen werden, indem Suchtkranken die Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird.

AUSSENPOLITIK

Gute Deutsche Außenpolitik

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre internationalen Beziehungen und ihr außenpolitisches Handeln konsequent an ihrem nationalen Interesse, also am Interesse der deutschen Bevölkerung ausrichtet.

Und, dass sie dieses Interesse neben das Interesse anderer Staaten und deren Gesellschaften stellt, anstatt es dem Interesse anderer Staaten und anderen internationalen Akteuren über- oder unterzuordnen.

Die Bundesrepublik Deutschland soll auf allen Kontinenten als guter, vertrauenswürdiger Staat gelten und ausgewogene Beziehungen pflegen.

Die Bundesrepublik soll zu einem Partner in der Staatengemeinschaft werden, der als unabhängig, rechtstreu und prinzipientreu gilt und zu einer ersten Adresse für Diplomatie werden kann.



Akademie Friedrich der Staufer

Als eine Säule der Guten Deutschen Außenpolitik soll der Bund die Stiftung „Akademie Friedrich der Staufer“ gründen, um der strategischen Neuausrichtung ein geistiges und örtliches Zentrum zu geben.

Dort sollen Akademiker, Aktivistinnen, Journalisten, Künstlerinnen, Unternehmer, Wissenschaftlerinnen, Politiker ohne Stab und Protokoll sowie Lebenskünstlerinnen aus aller Welt zusammenkommen, sodass von der Staufer Akademie aus der neue Geist einer unabhängigen und besonnenen Bundesrepublik Deutschland ausgeht.

Neue Deutsche Türkiye-Politik

In der Bundesrepublik leben viele Deutsche, deren Vorfahren aus der Türkei stammen. Und viele Türken. Umgekehrt leben in der Türkei auch viele Deutsche. Daher sind die Bande zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der türkischen Republik stark.

Türkiye ist die Brücke von Europa nach Vorderasien und von Vorderasien nach Europa sowie zunehmend auch nach Afrika. Sie ist eine politische, wirtschaftliche und militärische Regionalmacht mit Beziehungen, welche die Beziehungen der Bundesrepublik ergänzen.

Es wird ein Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland, dauerhaft ein besonderes und freundschaftliches Verhältnis zur Republik Türkiye zu haben.

Villa Mehmet von Königstreu

Als eine Säule der Neuen Deutschen Türkiye-Politik gründet und stattet aus der Bund die Stiftung „Villa Mehmet von Königstreu“. Auf Villa von Königstreu als ständige Einrichtung sollen Akademiker, Aktivisten, Journalisten, Künstler, Unternehmer und auch Politiker als Privatpersonen und ohne Protokoll im Geiste der Neuen Deutschen Türkiye-Politik und in der gelassen Atmosphäre eines Gesellschaftsclubs zusammenkommen, damit sich die neue Deutschland-Türkiye-Achse der Zukunft von dort aus entwickelt.



NORMALISIERUNG DER BEZIEHUNGEN ZUM STAAT PALÄSTINA

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte, dass die Bundesrepublik Deutschland den Staat Palästina unmittelbar anerkennt und sich für dessen Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen einsetzt.

Die politische Ideologie der sogenannten Staatsräson – welche in keinem Gesetzestext der Bundesrepublik niedergeschrieben ist – muss beendet werden, weil sie der deutschen Gesellschaft sowie der Bundesrepublik als Staat Schaden zufügt und dem völkerrechtswidrigen Expansionismus Israels Legitimität verleiht.

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** möchte, dass die diplomatischen und Wirtschaftsbeziehungen zu Israel suspendiert bleiben, bis Israel den Staat Palästina völkerrechtlich anerkannt hat und Palästina Vollmitglied in den Vereinten Nationen ist.

Wir wollen, dass die Bundesrepublik Deutschland sich weder direkt noch indirekt an etwaigen künftigen bilateralen Verhandlungen zwischen Palästina und Israel bzw. deren Interessenvertretern sowie weder direkt noch indirekt an Verhandlungen, Initiativen oder ähnlichen Handlungen Dritter auf dem Wege der Konsolidierung des Staates Palästina beteiligt, da die Bundesrepublik nach Auffassung der **PFM+** auf Jahre hinaus dabei keine neutrale Rolle einnehmen kann.

RÜSTUNGSINDUSTRIE

Verstaatlichung der Rüstungsindustrie

Die **PFM+ Partei für Muslime *plus*** setzt sich dafür ein, dass die Produktion von Kriegsgütern und Schusswaffen in Deutschland verstaatlicht wird.



Des Weiteren möchten wir, dass deutsche Kriegsgüter ausschließlich in der Bundesrepublik entwickelt und produziert werden. Forschung und Entwicklung müssen verpflichtet werden, die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse nur der staatlichen Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland zu Verfügung zu stellen.

Daten zu Forschung, Entwicklung und Herstellung von Kriegsgütern sind unter die höchste Geheimhaltungsstufe zu stellen.

Der kommerzielle und nicht-kommerzielle Export von Kriegsgütern soll verboten werden.

Schutz vor Missbrauch

Die **PFM+** will, dass die Bundesrepublik eine Sicherheitsbehörde gründet, welche die Rüstungsindustrie en detail beaufsichtigt.

Die Behörde muss alle Produktionsteile und Endprodukte sowie Munitionen erfassen.

Die Produktionsstandorte der Rüstungsindustrie sollen ausschließlich Komponenten fertigen. Die Endmontage von Kriegsgütern darf ausschließlich in Fertigungshallen der Bundeswehr erfolgen.

Fehlerhafte Produktionsteile, Endprodukte und Munitionen sind nach dem Willen der **PFM+ Partei für Muslime plus** unter Aufsicht der Behörde zu vernichten.

Des Weiteren sind überschüssige Bestände unter Aufsicht der Behörde zu vernichten.

Alle Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind mit Blick auf Vorstrafen sowie auf psychische Einschränkungen zu überprüfen.

Ein künftiges Rüstungsgesetz muss nach unserer Auffassung für Verstöße Freiheitsstrafen ohne Bewährung bis Freiheitsstrafen mit Sicherheitsverwahrung vorsehen.



VERTEIDIGUNG

Die Bundesrepublik macht sich für die militärische Landesverteidigung unabhängig.

Die Bundesrepublik beendet die militärische Zusammenarbeit in der Europäischen Union (EU).

Die Bundesrepublik verlässt die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO).

Ausländisches Militär verlässt die Bundesrepublik.

In der Bundesrepublik werden ausschließlich Rüstungsgüter aus deutscher Produktion und ausschließlich Rüstungsgüter der Bundeswehr gelagert.

Auf dem ordentlichen Parteitag am 28.09.2025 in Hildesheim beschlossen.

PFM+ Partei für Muslime *plus* | PFMplus.de

PFM+, c/o City-Office Hannover, Herrenstraße 13, 30519 Hannover